

"Öffentliche Finanzen, Schuldenbremse, Staatsverschuldung" .



Rechtsanwalt Jochen-Konrad Fromme
LC Hildesheim-Rose

Persönliche Vorstellung



Jochen-Konrad Fromme Jahrgang 1949

aufgewachsen auf einem Bauernhof mit Nähe zur Natur und frühzeitiger Verantwortung für elterlichen Betrieb und Familie

Wirtschaftsabitur

Wehrdienst (Hauptmann d. R.)

Studium der Rechtswissenschaft

Staatsdienst (Bezirksregierung und niedersächsisches Innenministerium)

Kommaldienst (Finanzdezernent und allgemeiner Vertreter)

Mitglied des Deutschen Bundestages (Finanz- und Haushaltsausschuß)

Geschäftsführer TLG Immobilien (2 Mrd. € Gewerbe- und Wohnimmobilien, wurde vorbereitet auf Börsengang , später : TLG AG jetzt AROUNDTOWN AG)

Rechtsanwalt (Spezialisierung auf öffentliches Finanzrecht/Finanzausgleich)

u. A. 16 Jahre Vorsitzender der Kommunalen Vereinigung Nds und des Finanzausschusses der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU

Fraktionsvorsitzender im örtlichen Gemeinderat

Über 60 Veröffentlichungen (siehe www.jkf.de)

Was haben Staatsfinanzen mit Volkswirtschaft zu tun?

Wechselwirkungen und der Staat verbraucht große Teile des Bruttosozialproduktes, deshalb sind die Zusammenhänge wichtig

Auch der Einzelne ist stark betroffen

Deshalb Grundsätze Zusammenhänge klar machen

Vermögenslage eines Wirtschaftssubjektes

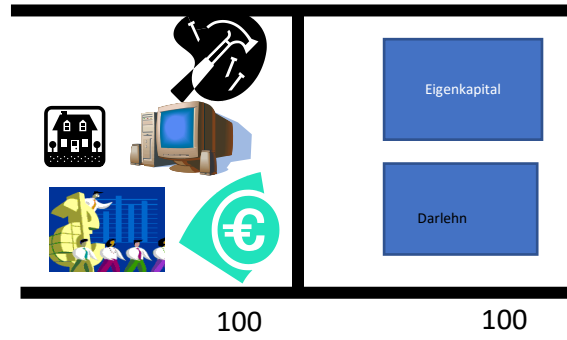


linke Seite:
Vermögensgegenstände
Aktiva

rechte Seite
Eigentumsverhältnisse
Passiva

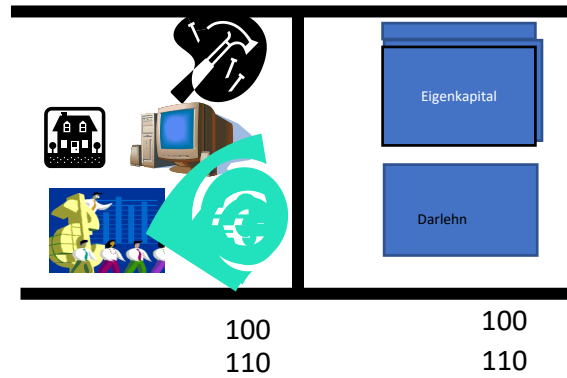
Aktiva	Vermögenslage (Bilanz)	Passiva
Bargeld/Bankguthaben/Wertpapiere		Eigenkapital
Vermögensgegenstände/Haus/Auto/Möbel etc.		Verbindlichkeiten/ Schulden
		Schulden Kredit Darlehn Kontokorrentkredit

Vermögenslage



Vermögenslage

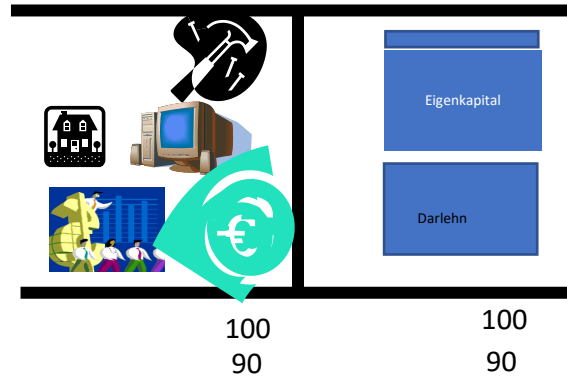
Eingang Lohn



Aktiv-Passiv-Mehrung

Vermögenslage

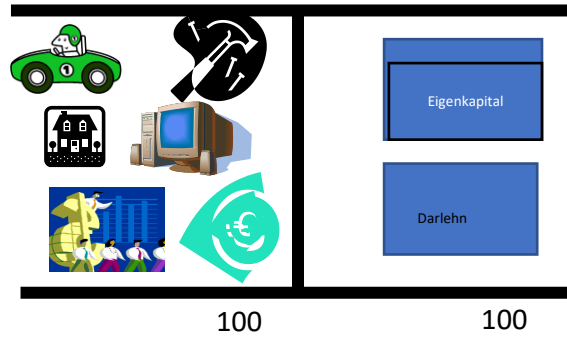
Bezahlen Urlaub



Aktiv-Passiv-Minderung

- 21.11.202
1

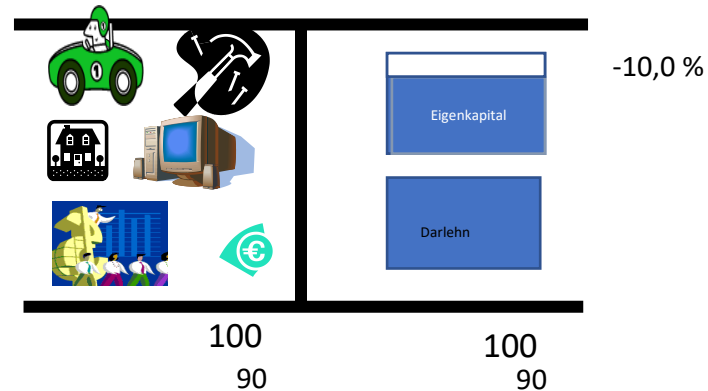
Kauf eines Autos



Aktivtausch Geld gegen Auto

- 21.11.202
1

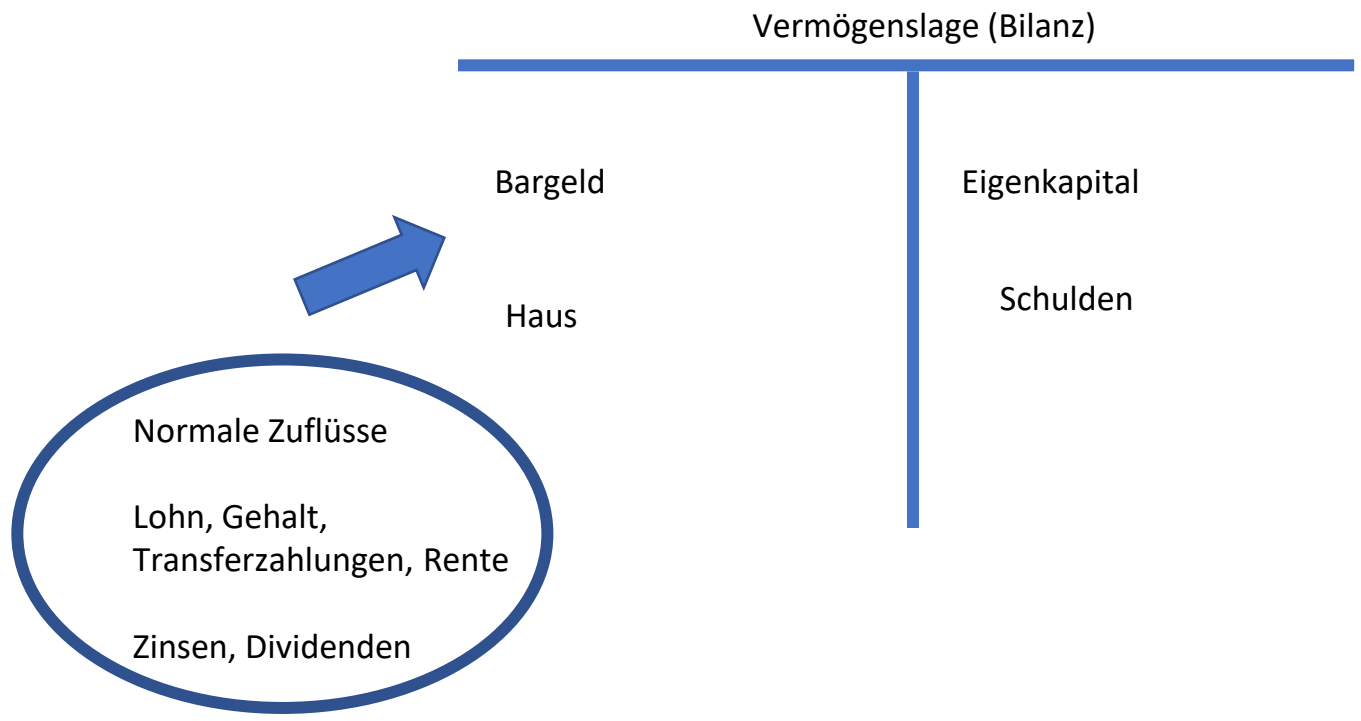
Nutzung



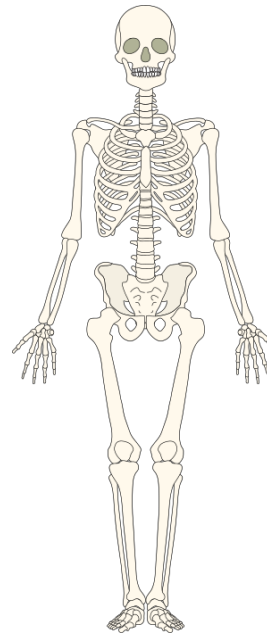
Durch Einstellung der Abschreibung in der laufenden Rechnung wird sichergestellt, daß der Wertverlust durch den Verbrauch aus laufenden Erträgen finanziert wird. Aus dem dadurch entstehenden „Liquiditätsüberschuß“ kann die Tilgung finanziert werden.

Wenn das Auto fährt wird es weniger wert, Abschreibung über die Lebensdauer wenn sich das Vermögen durch Ressourcenverbrauch vermindert, vermindert sich das Eigenkapital auch, wenn damit kein Zahlungsvorgang verbunden ist

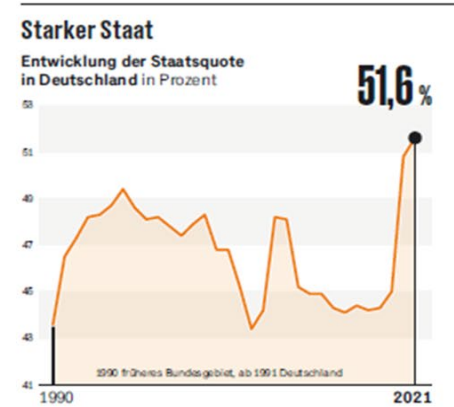
Aktiv-Passiv-Minderung ohne Geldbewegung



**Der Staat ist ein gedachtes
Gebilde, ein abstraktes
Konstrukt, das selbst
keinerlei Substanz hat.**



**fett bzw. leistungsfähig wird er erst
dadurch, dass er gefüttert wird**



28.10.2024



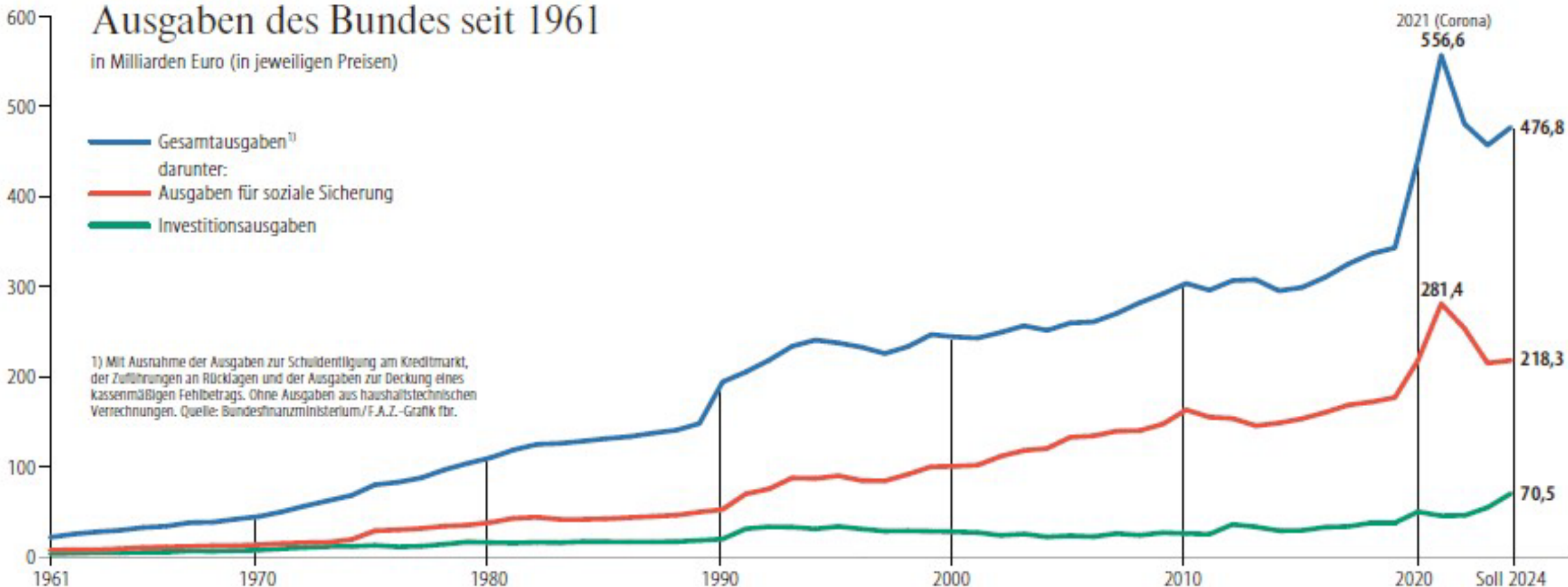
14

Ausgaben des Bundes seit 1961

in Milliarden Euro (in jeweiligen Preisen)

- Gesamtausgaben¹⁾
- darunter:
- Ausgaben für soziale Sicherung
- Investitionsausgaben

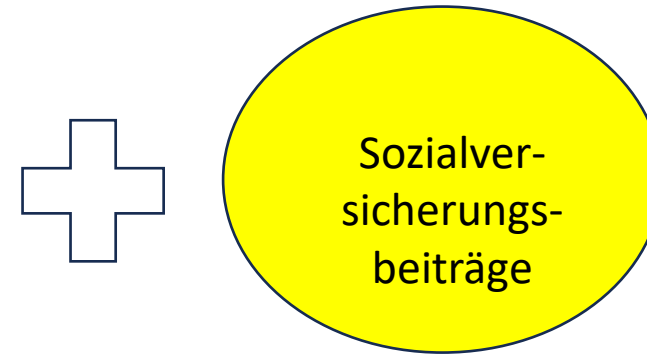
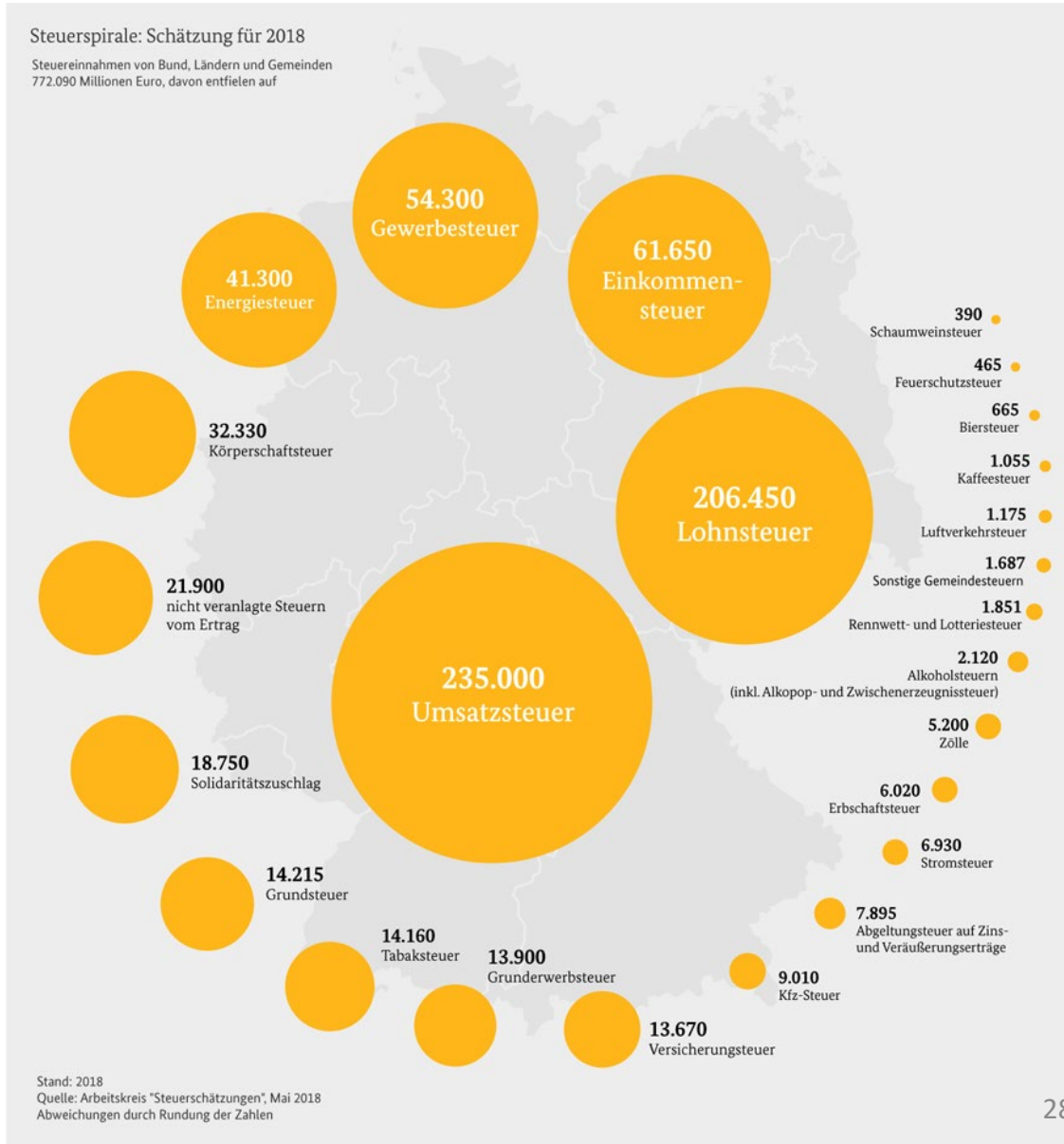
1) Mit Ausnahme der Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, der Zuführungen an Rücklagen und der Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags. Ohne Ausgaben aus haushaltstechnischen Verrechnungen. Quelle: Bundesfinanzministerium/F.A.Z.-Grafik fbr.



**Der Staat ist nichts anderes als ein Wirtschaftsobjekt,
Hier heißen die Zuflüsse nur anders:**

**Steuern und Abgaben
Gebühren und Entgelte**

Steuerspirale



39,2 % der Lohnsumme zu zahlen 50:50 durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer

**14,6 Prozent in der Krankenversicherung (ggf. differenzierte Zuschlag z. B. AOK 1,6 %),
 18,6 Prozent in der Rentenversicherung,
 3,4 Prozent in der Pflegeversicherung und
 2,6 Prozent in der Arbeitslosenversicherung.**

Staatsfinanzen

- **Föderalismus verschiedene Ebenen der Aufgabenerledigung**
- **Geld folgt der Aufgabe**
- **Mißverständnis: Föderalismus heißt, jeder macht seins **allein** und nicht jeder macht alles**
- **Verantwortungsvermischung Zurechenbarkeit von Verantwortung**
- **Verantwortung für die Ausgestaltung**
- **Verwaltungsaufwand**



Öffentliche Aufgaben

Bund

Äußere Sicherheit (Verteidigung), Entwicklungshilfe, Katastrophenschutz, Zoll, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung

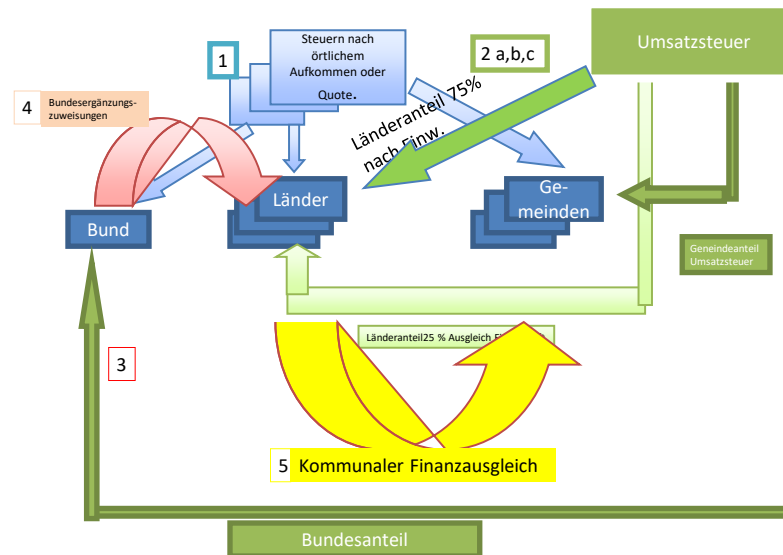
Länder

Universitäten, Innere Sicherheit (Polizei), Justiz (Gerichte und Staatsanwaltschaft), Katasterverwaltung, Agrarstruktur, Lehrerversorgung

Gemeinden und Kreise

Allgemeine Verwaltung, wie z. B. Einwohnermeldeämter, Ordnungsbehörden, Kindergärten, Altenbegegnungsstätten usw. und Daseinsvorsorge (Versorgung mit Wasser, Strom, Abwasser, Abfallbeseitigung, Breitband [Internet], Telefon, Schulen, Berufsschulen)

Finanzverteilung Bundesrepublik



Was sind Schulden?

**Ein Wirtschaftssubjekt (Gläubiger) verzichtet darauf,
seine aktuelle Kaufkraft in Wirtschaftsgüter umzutauschen**

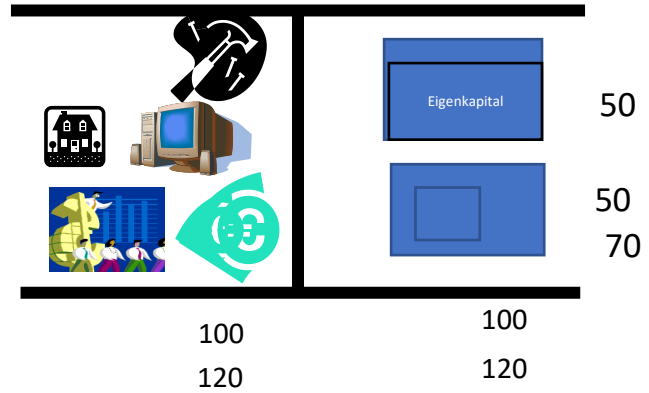
**und überläßt sie vorübergehend einem anderen
Wirtschaftssubjekt (Schuldner)**

Folge:

**Das andere Wirtschaftsobjekt (Schuldner) verfügt in
diesem Augenblick über zusätzliche Kaufkraft am Markt**

**Bilanzmäßig aber aktiv-passiv Mehrung - keine
Veränderung der Vermögenslage**

Vermögenslage bei Schuldenaufnahme



Aktiv-passiv-Mehrung

- 21.11.202
1

Bedingung für die Überlassung

- **Zins als Preis für den Konsumverzicht**
- **Rückführung der ausgeliehenen Kaufkraft durch Tilgung**

- **Der Preis für die Überlassung ist der Zins**
- **beim Gläubiger bedeutet dies, er erhält für die Dauer des Verzichts einen Zufluß, einen Kaufkraftgewinn**
 - eine aktiv-passiv-Mehrung**
- **beim Schuldner bedeutet dies, er muß für die Dauer des Ausleihens einen Abfluß in Kauf nehmen, ein Kaufkraftverlust ist eine aktiv-passiv-Minderung**
- **bei der Rückzahlung erhält der Gläubiger eine Kaufkraftmehrung**
 - ein Aktivtausch (Geld gegen Forderung)**
- **bei der Rückzahlung erleidet der Schuldner einen Kaufkraftverlust**
 - eine aktiv-passiv Minderung (Verpflichtung gegen Geld)**

- **Wenn Unternehmen Schulden aufnimmt, tut es das in der Erwartung, daß damit zusätzliche Umsätze erzielt werden können und die erzielbaren Erlöse höher sind als Zins und Tilgung und so zusätzliche Gewinne generiert werden können.**

Wenn der Staat etwas mit Krediten finanziert, dann entstehen dadurch in der Regel neue Folgekosten und keine zusätzlichen Erträge (anders bei staatlichen Betrieben Bsp. Müllabfuhr)

Beispiel: Neue Schule kreditfinanziert bedeutet neue laufende Kosten für Hausmeister, Heizung, Reinigung etc.

- **Deshalb gibt es einen großen Unterschied zwischen staatlicher und betrieblicher Kreditfinanzierung**



Folge der Schuldenaufnahme

Wenn das Wirtschaftssubjekt aus dem Einsatz der Kaufkraft keine zusätzlichen Zuflüsse generiert,

dann müssen Zins und Tilgung aus der „normalen“ künftigen Kaufkraft bedient werden, d. h. die zukünftige Kaufkraft sinkt

Beispiel: Normaler Zufluß 50.000 p. a.

Darlehnsaufnahme 50.000 zu 5 % Zins und 1% Tilgung = 3.000 p.a.

künftige Kaufkraft 47.000 = - 3.000

bei Annuitätendarlehn (üblich für Hypotheken) über 50.000 € bei 4 % Zinsen und 1 % Tilgung ergibt sich eine Laufzeit von Laufzeit ca. 34 Jahre und in dieser Zeit sind neben der Darlehnsrückführung 36.777 € an Zinsen aufzuwenden, also insgesamt 86.777 €

Berechnung auf der folgenden Folie

- Im Gegensatz zu Unternehmen, Gemeinden und **Privatleuten tilgen der Bund und die Länder** (Ausnahme Hessen und Hamburg) **nicht!**
- Deshalb bleiben die Schulden dauerhaft in der Bilanz, auch wenn die beschafften Güter längst verbraucht und untergegangen sind.
- Zinszahlungen sind dann wie eine ewige Rente

Man muß einen Gläubiger finden, der bereit ist, die Kaufkraft zu überlassen und das Vertrauen hat, Zins und Tilgung vertragsgemäß zurückzuerhalten

dazu Banken Bonitätsprüfung

Banken achten darauf, daß Verschuldung in einem Rahmen bleibt und daß der Gläubiger auf Dauer bedient werden kann

anders beim Staat, hier wird von den Kapitalmärkten davon ausgegangen, daß der Staat Schulden unbegrenzt bedienen kann

Begünstigt im Rahmen der Bankenregulierung, indem für öffentliche Kredite keine Eigenkapitalhinterlegung gefordert wird

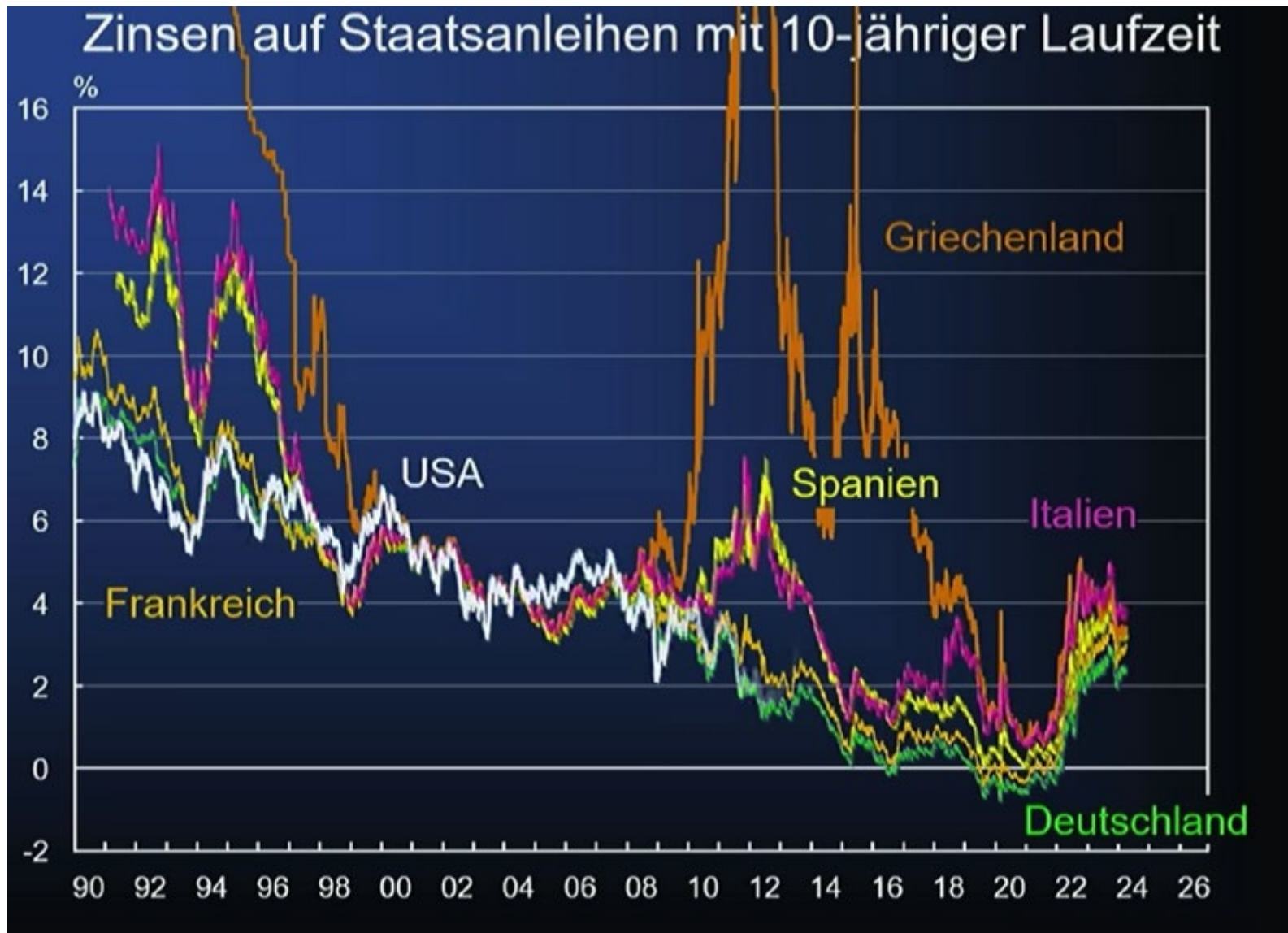
**Hinweis auf Griechenlandprobleme oder Staatsbankrott Brasilien
Dazu neuerdings USA, Frankreich und Italien**

Bund und Länder tilgen nicht, wenn Darlehn ausläuft wird umgeschuldet.

Solange der Staat Zinsen zahlen kann, kein Problem.

Probleme in der Vergangenheit durch hohe Wachstumsraten überkleistert.

Aber erkannt, daß dies nicht funktioniert



Lösung Schuldenbremse

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 109 *)

(1) _____

(2) _____

(3) Die Haushalte von Bund und Ländern sind **grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen**. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung **symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung** sowie eine **Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder (1) außergewöhnliche Notsituationen, die sich der (2) Kontrolle des Staates entziehen und die (3) staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen**, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine **entsprechende (4) Tilgungsregelung** vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus **Krediten 0,35** vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Die nähere Ausgestaltung für die Haushalte der Länder regeln diese im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen mit der Maßgabe, dass Satz 1 nur dann entsprochen ist, wenn keine Einnahmen aus Krediten zugelassen werden.

(4) _____

(5) _____

3 Tatbestandsmerkmale und Tilgungspflicht

Inhalt Schuldenbremse

Die Gesetzgebungskompetenz ergibt sich aus Artikel 110 des Grundgesetzes. Nach Artikel 115 des Grundgesetzes sind Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Diesem Grundsatz wird entsprochen, wenn die um konjunkturelle Effekte und um finanzielle Transaktionen bereinigte strukturelle Neuverschuldung 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nicht überschreitet.

Näheres legt das Artikel 115-Gesetz vom 10. August 2009 (BGBl. I S. 2702, 2704), das zuletzt durch Artikel 245 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, fest. Es regelt das Verfahren zur Berechnung der Obergrenze der jährlichen Nettokreditaufnahme. Hierzu gehören insbesondere die Bestimmung der Konjunkturkomponente und Einzelheiten zur Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um finanzielle Transaktionen. Danach ergibt sich folgende zulässige Nettokreditaufnahme:

Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme des Jahres 2025	
Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme in Prozent des BIP	0,35
Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres	4 122 210 Millionen Euro
Nach der Schuldenregel maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme	14 428 Millionen Euro
abzüglich Konjunkturkomponente	-9 798 Millionen Euro
abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen	-27 073 Millionen Euro
Nach der Schuldenregel zulässige Nettokreditaufnahme	51 299 Millionen Euro

Differenzen durch Rundungen möglich

Europäische Grenzen

- **Kreditaufnahme max 3 % vom BIP**
Ca. 116 Mrd €
- **Deckel 60 % BIP**



28.10.2024

49

Bessere Lösung Doppik

Ist bei den Kommunen vorgeschrieben, durch Verschuldungsverbot und Pflicht Abschreibungen zu verbuchen, ist sichergestellt, daß jede Generation nur das verbraucht, was sie auch erarbeitet.

Kreditaufnahme nur für Investitionen erlaubt.

Über Abschreibung ist sichergestellt, daß Schulden getilgt und der gesamte Ressourcenverbrauch von der Generation aus normalen Deckungsmitteln (Steuern und Abgaben) finanziert werden.

Forderung neue Schulden

- In der öffentlichen Diskussion besteht der Irrtum, Investitionen können immer mit Krediten finanziert werden, weil dadurch „Zukunftswerte“ geschaffen werden
- Jede Investition wird im Verlaufe ihrer Nutzung zum Konsumgut und **verbraucht**.
- Deshalb Finanzierung der Abschreibung mit laufenden Einnahmen, nur das ist nachhaltig und generationengerecht!

- Hinweis: Lars Feld „Auswirkungen der Schuldenbremse“

- Verwaltung und Wirtschaft können nicht verarbeiten
Haushaltsreste 76 Mrd. €, allein BMV 7,6 Mrd.

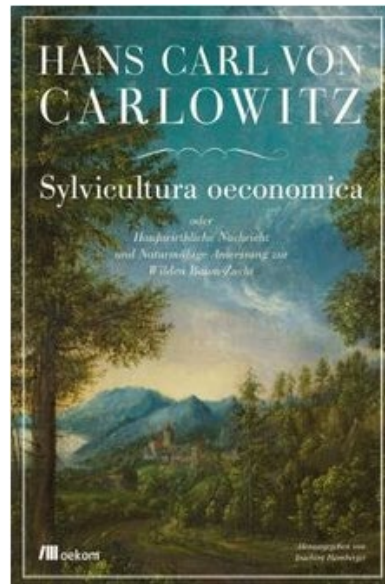
Fazit

Fazit: Frage: „Schuldenbremse Fluch oder Segen“ eindeutig zu beantworten:

Die Schuldenbremse ist eine zweitklassige Lösung als Korsettstange für durch Menschen gemachte Politik und solange unentbehrlich, bis sie durch eine erstklassige Lösung, der verbindlichen Doppik auch für Bund und Länder abgelöst wird.

Der Mensch ist schwach und sucht immer den bequemsten Ausweg - und das ist der zu Lasten der künftigen Generationen über Kredite, weil die sich nicht wehren können.

- **Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz gilt als Schöpfer des Begriffs "Nachhaltigkeit". Vor mehr als 300 Jahren schrieb er die Idee des nachhaltigen Umgangs mit Rohstoffen nieder.**



Auf eine kurze Formel gebracht: Man darf nicht mehr Holz aus dem Wald herausholen als nachwächst, weil sonst der Wald „aufgefressen“ wird

- **Dies ist eigentlich im GG durch das auf Zeit begrenzte Mandat angelegt und wird durch ein Urteil des BVerfG vom März 2021 an Bedeutung gewinnen.**

Der Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028

	Ist 2023	Soll 2024	Entwurf 2025	Finanzplan		
				2026	2027	2028
	- in Mrd. € -					
Ausgaben	457,1	488,9	488,6	474,6	488,2	497,3
Veränderung ggÜ. Vorjahr in Prozent	-4,9	6,9	-0,1	-2,9	2,9	1,9
Einnahmen	457,1	488,9	488,6	474,6	488,2	497,3
Steuereinnahmen	356,1	374,4	388,2	399,9	413,9	427,7
Nettokreditaufnahme	27,2	50,3	51,3	38,6	36,4	29,4
nachrichtlich:						
Ausgaben für Investitionen	55,0	70,8	81,0	77,5	77,5	70,9

Tabella 3: Der Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028

Quelle: Finanzplan Bund Bt-Dr. 20/12401

23-28 ca. 235 Mrd. € bedeutet ca 10,5 Mrd. Erhöhung Kapitalkosten

Verlagerung investiver Ausgaben für Mikroelektronik und Wasserstoff in den Klima- und Transformationsfonds.

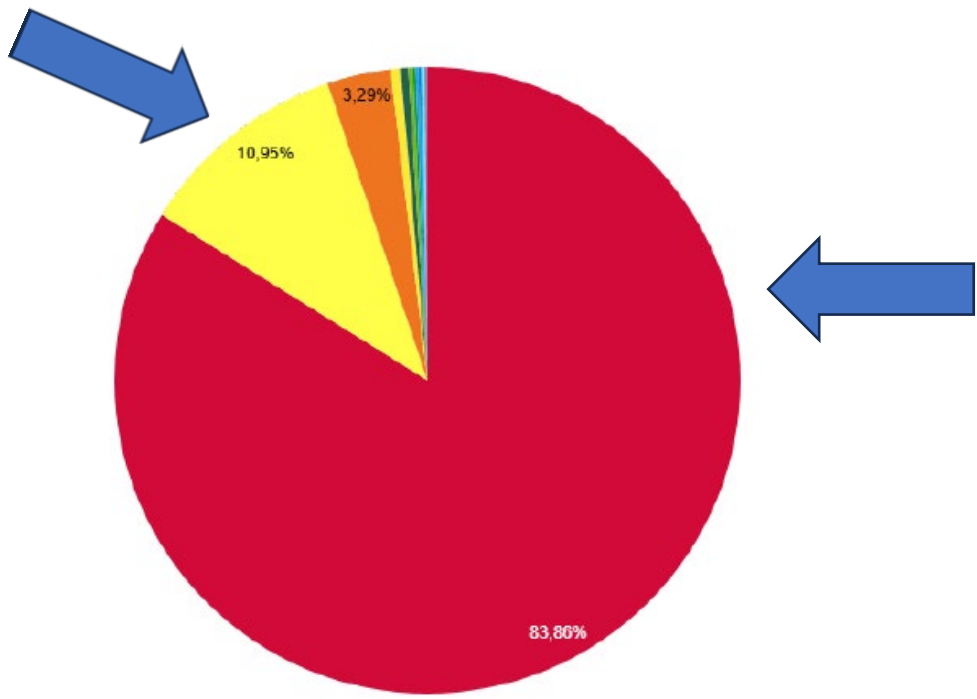
A. Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Summe Einnahmen		gegenüber 2024 mehr (+) weniger (-) 1 000 €
		2025 1 000 €	2024 1 000 €	
1	2	3	4	5
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt.....	103	103	-
02	Deutscher Bundestag.....	2 211	2 204	+7
03	Bundesrat.....	81	51	+30
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt.....	3 100	568 702	-565 602
05	Auswärtiges Amt.....	67 819	67 819	-
06	Bundesministerium des Innern und für Heimat.....	637 710	588 723	+48 987
07	Bundesministerium der Justiz.....	729 777	666 077	+63 700
08	Bundesministerium der Finanzen.....	408 804	242 250	+166 554
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.....	2 574 543	1 807 043	+767 500
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft....	99 749	101 572	-1 823
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....	1 874 385	1 835 050	+39 335
12	Bundesministerium für Digitales und Verkehr.....	16 058 753	15 869 380	+189 373
14	Bundesministerium der Verteidigung.....	330 997	382 935	-51 938
15	Bundesministerium für Gesundheit.....	106 185	104 323	+1 862
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	1 122 846	1 062 072	+60 774
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	269 042	259 037	+10 005
19	Bundesverfassungsgericht.....	40	40	-
20	Bundesrechnungshof.....	369	382	-13
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die In- formationsfreiheit.....	85	85	-
22	Unabhängiger Kontrollrat.....	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	729 968	765 104	-35 136
25	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.....	250 870	242 720	+8 150
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.....	51 251	51 251	-
32	Bundesschuld.....	53 522 775	52 903 463	+619 312
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	409 767 657	411 359 662	-1 592 005
	Einnahmen.....	488 609 120	488 880 048	-270 928

Quelle: Internet BMF -26-10-24

BHH-2025-Entwurf BReg Drucks 20-12400

Zu Spalte 3: Darin enthalten sind
- Steuereinnahmen in Höhe von 388 243 000 T€,
- Einnahmen aus Krediten in Höhe von 51 298 000 T€ sowie
- sonstige Einnahmen in Höhe von 49 068 120 T€.



Ermittelt durch Steuerschätzung

Einnahmen

Betrag in tausend Euro	Anteil an Summe pos. Posten	Einzelplan unterhalb von: Regierungsentwurf 2025
409.767.657	83,86%	Allgemeine Finanzverwaltung
53.522.775	10,95%	Bundesschuld
16.058.753	3,29%	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
2.574.543	0,53%	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
1.874.385	0,38%	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
1.122.846	0,23%	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
729.968	0,15%	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
729.777	0,15%	Bundesministerium der Justiz
637.710	0,13%	Bundesministerium des Innern und für Heimat
408.804	0,08%	Bundesministerium der Finanzen

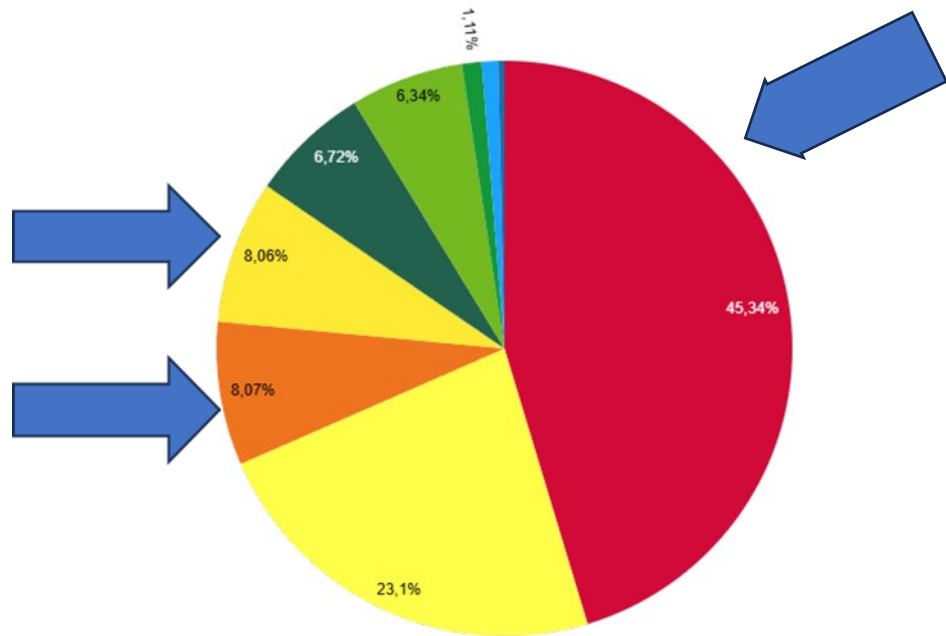
330.997	0,07%	Bundesministerium der Verteidigung
269.042	0,06%	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
250.870	0,05%	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
106.185	0,02%	Bundesministerium für Gesundheit
99.749	0,02%	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
67.819	0,01%	Auswärtiges Amt
51.251	0,01%	Bundesministerium für Bildung und Forschung
3.100	<0,01%	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt
2.211	<0,01%	Deutscher Bundestag
369	<0,01%	Bundesrechnungshof
103	<0,01%	Bundespräsident und Bundespräsidialamt
85	<0,01%	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
81	<0,01%	Bundesrat
40	<0,01%	Bundesverfassungsgericht
0	0%	Unabhängiger Kontrollrat



B. Ausgaben

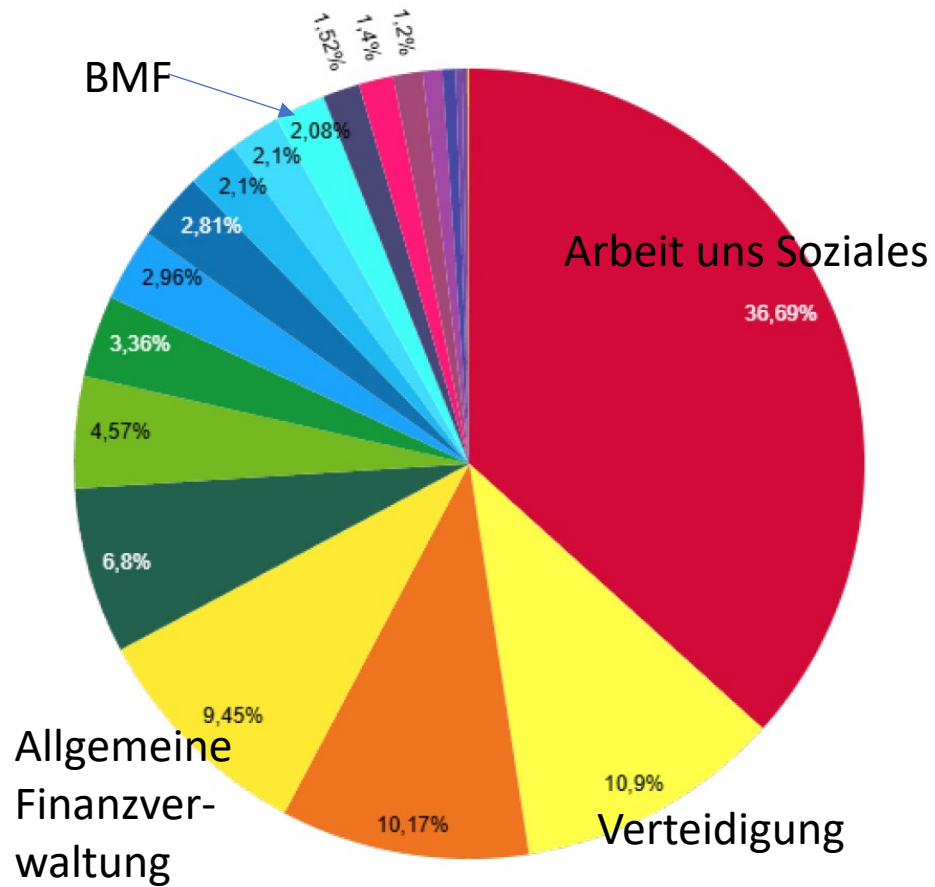
Epl.	Bezeichnung	Summe Ausgaben		gegenüber 2024 mehr (+) weniger (-) 1 000 €
		2025 1 000 €	2024 1 000 €	
1	2	3	4	5
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt.....	58 392	47 094	+11 298
02	Deutscher Bundestag.....	1 252 969	1 239 929	+13 040
03	Bundesrat.....	39 370	38 283	+1 087
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt.....	3 918 537	3 874 052	+44 485
05	Auswärtiges Amt.....	5 871 239	6 707 712	-836 473
06	Bundesministerium des Innern und für Heimat.....	13 748 181	13 344 939	+403 242
07	Bundesministerium der Justiz.....	1 042 494	1 028 999	+13 495
08	Bundesministerium der Finanzen.....	10 140 929	9 809 331	+331 598
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.....	10 257 525	11 090 030	-832 505
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft....	6 862 256	6 930 631	-68 375
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....	179 257 094	179 375 498	-118 404
12	Bundesministerium für Digitales und Verkehr.....	49 667 947	44 445 217	+5 222 730
14	Bundesministerium der Verteidigung.....	53 250 000	51 951 938	+1 298 062
15	Bundesministerium für Gesundheit.....	16 439 088	16 708 527	-269 439
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	2 650 765	2 403 767	+246 998
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	14 443 101	13 873 295	+569 806
19	Bundesverfassungsgericht.....	43 469	41 314	+2 155
20	Bundesrechnungshof.....	197 557	191 810	+5 747
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die In- formationsfreiheit.....	47 161	45 398	+1 763
22	Unabhängiger Kontrollrat.....	12 300	11 000	+1 300
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	10 280 316	11 217 281	-936 965
25	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.....	7 422 466	6 728 208	+694 258
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.....	22 318 939	21 486 334	+832 605
32	Bundesschuld.....	33 216 446	39 571 791	-6 355 345
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	46 170 579	46 717 670	-547 091
	Ausgaben.....	488 609 120	488 880 048	-270 928

Funktionen



Betrag in tausend Euro	Anteil an Summe pos. Posten	Funktion unterhalb von: Regierungsentwurf 2025
221.523.127	45,34%	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik
112.849.461	23,1%	Allgemeine Dienste
39.419.744	8,07%	Finanzwirtschaft
39.376.992	8,06%	Verkehrs- und Nachrichtenwesen
32.852.929	6,72%	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen
31.001.078	6,34%	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten
5.427.189	1,11%	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung
4.458.155	0,91%	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste
1.700.445	0,35%	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ausgaben



Betrag in tausend Euro	Anteil an Summe pos. Posten	Einzelplan unterhalb von: Regierungszeit 2025
170.257.004	36,69%	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
53.250.000	10,9%	Bundesministerium der Verteidigung
49.667.947	10,17%	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
48.170.579	9,45%	Allgemeine Finanzverwaltung
33.216.448	6,8%	Bundesschuld
22.318.939	4,57%	Bundesministerium für Bildung und Forschung
18.430.088	3,36%	Bundesministerium für Gesundheit
14.443.101	2,96%	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
13.748.181	2,81%	Bundesministerium des Innern und für Heimat
10.280.318	2,1%	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

10.257.525	2,1%	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
10.140.929	2,08%	Bundesministerium der Finanzen
7.422.466	1,52%	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
6.862.256	1,4%	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
5.871.239	1,2%	Auswärtiges Amt
3.918.537	0,8%	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt
2.850.785	0,54%	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
1.252.069	0,26%	Deutscher Bundestag
1.042.404	0,21%	Bundesministerium der Justiz
107.557	0,04%	Bundesrechnungshof
58.302	0,01%	Bundespräsident und Bundespräsidialamt
47.181	<0,01%	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
43.469	<0,01%	Bundesverfassungsgericht
39.370	<0,01%	Bundesrat
12.300	<0,01%	Unabhängiger Kontrollrat



9	Besondere Finanzierungsausgaben.....	-25 110 282	-10 818 408
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke.....	-	-
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage.....	-	-
97	Globale Mehr- und Minderausgaben.....	-25 110 282	-10 818 408
971	Globale Mehrausgaben.....	-	250 000
972	Globale Minderausgaben.....	-25 110 282	-11 068 408
98	Haushaltstechnische Verrechnungen.....	-	-
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln.....	-	-
982	Durchlaufende Posten.....	-	-
	Gesamtausgaben.....	488 609 120	488 880 048

Frédéric Merz, Christian Lindner
Die Union kritisiert den 30. Globalen Entwurf des Haushaltsentwurfes



Bundeshaushalt

Fast 50 Milliarden Euro Luftbuchungen

Die Union wirft Finanzminister Lindner vor, mit großen ungedeckten Summen im Etat zu operieren – und sieht verfassungsrechtliche Bedenken.

Marin Gröbe, Jan Hildbrandt

Am Dienstag wird Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr im Bundestag vorstellen. Urmittelbar vor Beginn der Plenarberatungen geht die Union fraktion auf Konfrontationskurs zur Bundesregierung. Die Opposition wirft der Regierung vor, mit Luftbuchungen im Etat zu operieren. Damit werde „gegen Haushaltsgrundsätze wie Haushaltswahrsamkeit und Haushaltsklarheit verstoßen und somit verfassungsrechtliche Fragen aufgeworfen“, heißt es in einem Vermerk der Union fraktion, der dem Haushaltsentwurf vorliegt.

Schon einmal hatte die Union erfolgreich gegen einen Etat der Ampel geklagt. Das Bundesverfassungsgericht erklärte den Haushalt im vergangenen Herbst für verfassungswidrig und nichtig. Die Ampel stürzte daraufhin in eine Krise, von der sie sich bis heute nicht erholen konnte.

Doch der Koalition nun also der nächste historische Ärger? Der haushaltspolitische Sprecher der Union fraktion, Christian Haase (CDU), sieht zumindest Parallelen zum letzten aus Karlsruhe ein-klassierten Haushalt. „Damals wie jetzt sprach diese Bundesregierung von einem normalen Vorgang.“

Die Dimension globaler Ansätze im Entwurf des Haushalts 2025 ist mit dem parlamentarischen Budgetrecht nicht vereinbar.

Bundesrechnungshof

Die rechtlichen Probleme wurden damals und werden aktuell erneut kleiner. CDU-Chef Frédéric Merz kritisierte die Haushaltspolitik der Ampel ebenfalls als „unsensibel“.

Die Union hat bereits ein juristisches Gutachten zum jetzigen Haushaltsentwurf erstellen lassen. Darin äußert der renommierte Heidelberger Jurist Hanno Kube „verfassungsrechtliche erhebliche Bedenken“. Wie die Union kritisiert auch Kube die noch immer offene Finanzierungslücke von zwölf Milliarden Euro im Etat.

Auch der Bundesrechnungshof warnt in einem neuen Gutachten zum Haushaltsentwurf. „Die Dimension globaler Ansätze im Entwurf des Haushalts 2025 ist mit dem parlamentarischen Budgetrecht nicht vereinbar.“ Beim Umgang mit der Schuldenregelnahme die Ampel weiterhin „zum Teil erhebliche rechtliche Risiken in Kauf“.

Die Regierung hat in ihrem Entwurf eine sogenannte Globale Minderausgabe (GMA) von zwölf Milliarden Euro stehen. Diese Summe muss im Etat also nach etwassparen werden, es ist aber offen, wie und bei welchen Posten genau. Die Regierung geht davon aus, dass im Haushalt nicht alles Gell abfließt, etwa weil sich Projekte verzögern. Dadurch werde sich die Lücke schließen.

Solche Globalen Minderausgaben sind durchaus üblich – allerdings nicht in der nun geplanten Höhe von zwölf Milliarden Euro. Die GMA im jetzigen Haushaltsentwurf sei „sowohl absolut als auch prozentual auf Rekordhöhe“, schreiben die Haushalter der Union fraktion in ihrem Vermerk. Die zwölf Milliarden Euro entsprechen rund 2,5 Prozent der Gesamtausgaben.

Auch Verfassungsrechtler Kube sieht das als problematisch an. „Denn die Höhe weckt starke Zweifel an der Vereinbarkeit der Ausbuchtung mit dem Haushaltsgrundsatz der Klarheit und Wahrheit“, schreibt er in seinem Gutachten. Das Finanzministerium weist den Vorwurf zurück. Es gebe keine eindeutige maximal zulässige Höhe, heißt es. Zudem gehe man davon aus, dass die Finanzierungslücke im Laufe der parlamentarischen Beratungen noch verkleinert werde.

Jurist Kube stellt hingegen noch weitere Fragezeichen im Entwurf. „Diese Bedenken werden noch weiter verstärkt, wenn man sich zusätzliche Umstände in der Gesamtstruktur des Bundeshaushalts 2025 auf der Ausgabenseite vor Augen führt“, schreibt er in seinem Gutachten für die Union fraktion. So unterstellt die Regierung etwa eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und deshalb Milliardenersparungen



betri Bürgergeld. Ob sich das so realisieren lässt, ist offen.

Zudem will die Ampel Zuschüsse an die Bahn reduzieren und dem Staatskonzern im Gegenzug mehr Eigenkapital zuschießen, da dies nicht unter die Schillenderen fällt. Auch bei dieser Buchung steht Kube ein „verfassungsrechtliches Risiko“. Ebenso wie der Bundesrechnungshof, der in seinen Gutachten vor „neuen Fluchtwegen“ aus der Schuldenbremse warnt.

Dass es sich bei der Kritik nicht nur um Geisze der Opposition handelt, zeigt eine Aussage Lindners. Der Finanzminister selbst hatte noch im Juli im Handelsblatt-Interview erklärt, eine Globale Minderausgabe von bis zu neun Milliarden Euro entspräche der Staatspraxis. „Alles darüber hinaus wirft verfassungsrechtliche Fragen auf und würde das Risiko erhöhen, den laufenden Haushalt 2025 mit Sperrten bewirtschaften zu müssen.“

Mehrere Maßnahmen durch Wachstumspaket?

Die Haushalter der Union fraktion haben im Etat zudem noch mehr Forderungen, die aus ihrer Sicht fragwürdig sind. So gibt es auch in den einzelnen Ressorts weitere Globale Minderausgaben. Mit anderen Worten: Der Etatentwurf steht vor „das ein Ministerium weniger ausgeben wird, aber auch hier ist offen, was und wie. Auf 4,3 Milliarden Euro summieren sich diese Minderausgaben in den Ressorts.“

Zudem findet sich im Haushalt auch eine Globale Mehrmaßnahme (GME). Die Bundesregierung rechnet also damit, dass der Bund mehr Geld einnimmt, ohne genau festzulegen, wofür das Geld kommt. Diese beträgt 14,3 Milliarden Euro. Gut sechs Milliarden Euro will die Regierung durch ihr Wachstumspaket zusätzlich einnehmen, weil die Wirtschaft besser läuft. Zudem rechnet sie mit zusätzlichem Geld von der EU.

Die Union ist skeptisch. „Es stellt sich die Frage, woher die Steuermaßnahmen angesichts eines Minuswachstums kommen sollen“, heißt es im Vermerk. Es können „Luftbuchungen vermehrt“ werden. Auch Jurist Kube bemängelt die hohe GME. In seinem Gutachten für die Union fraktion: „Ihr Ansatz beruht auf den sehr fraglichen, aber von der Bundesregierung unterstellten Effekten der geplanten, noch nicht in Kraft gesetzten Wachstumstaktive.“

Frage: wann finden sich im Haushaltsentwurf laut Vermerk der Union fraktion 32 solcher Globalposten. In Summe seien das 49,7 Milliarden Euro, für die es keine eindeutige Mittelzuordnung gibt. Das entspricht zehn Prozent des Gesamt-haushalts.

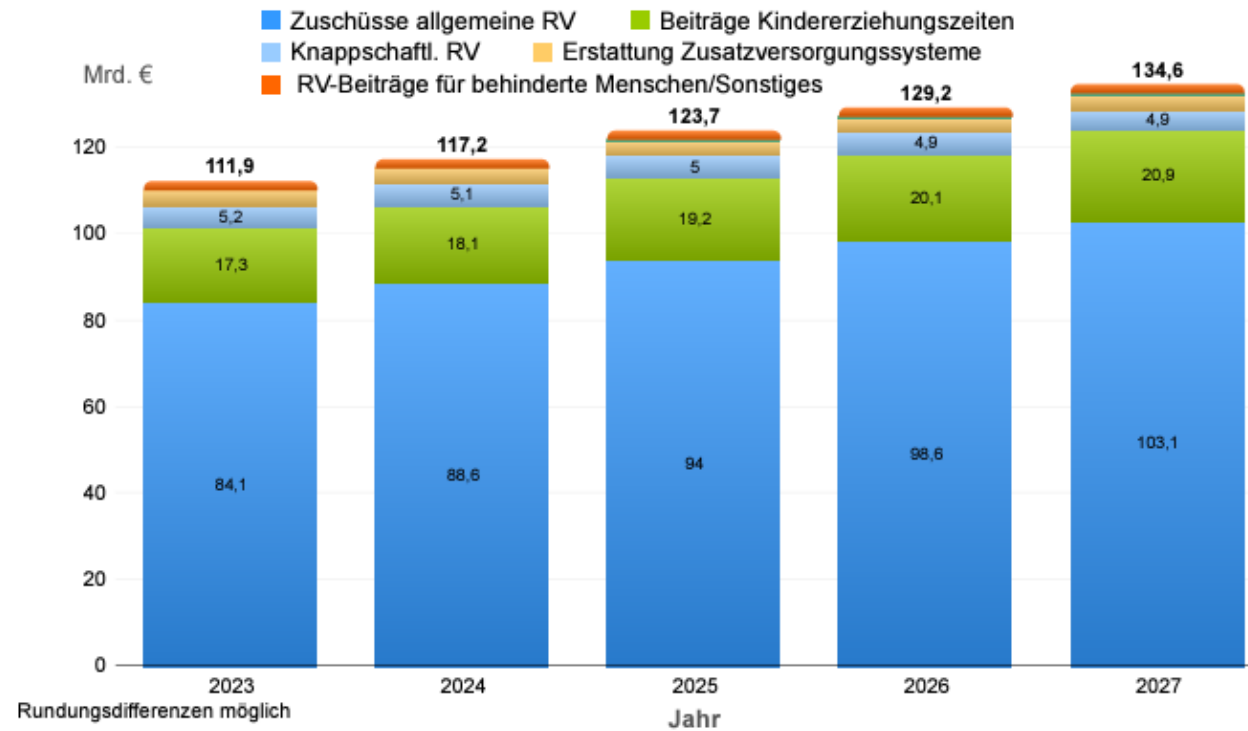
CDU-Haushalter Haase sieht „rechtlich zweifelhafte Vorgänge und Luftbuchungen“, mit denen die Ampel formal die Schuldenbremse erhalten wollte. „Offenbar akzeptiert man erneut schenkend Augen ein rechtlich fragwürdiges Manöver, weil der Bundesregierung und den sie tragenden Koalition fraktionen die Kraft und der Einigungswille für einen seriösen und soliden Haushalt fehlen“, sagte er.

Auch der Bundesrechnungshof kritisiert in seinem Gutachten die vielen „Globalposten“ im Bundeshaushalt, weil damit das „Kerngeschäft“ des Parlaments, die Entscheidung über den Haushalt, ausgeblendet werde. „Mit den erheblichen vorgesehenen globalen Ansätzen reklamiert die Bundesregierung gegenüber dem Parlament faktisch das letzte Wort vor Prioritäten im anstehenden Haushaltsentwurf“, schreiben die Rechnungsprüfer. Das Parlament werde dadurch ein Stück weit „ausgeschaltet“.

So sehe es der Bundesregierung bei globalen Minderausgaben im Haushaltsentwurf weitgehend frei, wo die Einsparungen erbracht werden. „Und globale Minder- oder Mehrmaßnahmen lassen den Bundestag im Unklaren darüber, welche Steuerpflichtigen mehr und welche weniger Belastungen zu tragen haben.“ Der Bundesrechnungshof empfiehlt den Abgeordneten daher, in den Haushaltsberatungen die Bundesregierung aufzufordern, „konkrete Vorschläge zur weitgehenden Auflösung der globalen Ansätze zu machen“.

Quelle: Handelsblatt 24.09.24

Entwicklung der Rentenversicherungsleistungen des Bundes 2023 bis 2027



Quelle: Bundesfinanzbericht 2024 Seite 20

Haushaltsrisiken aus Sondervermögen ab 2028 (außerhalb Finanzplan)

Tabelle 3

Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung

Sondervermögen	Kreditermächtigung	Davon am 31. Dezember 2022 noch nicht in Anspruch genommen
	<i>in Mrd. Euro</i>	
WSF-Energiekrise	200,0	169,8*
WSF-Corona	150,0	93,7
ITF	25,2	1,8
RSF	15,0	15,0
Sondervermögen Bundeswehr	100,0	100,0
FMS	100,0	14,8
Insgesamt	590,2	395,1

Bei 2 % Zinsen und 2 % Tilgung künftige Belastung von **ca. 24 Mrd. €** jährlich

Erläuterung: *Rücklage aus Restkreditermächtigung.

Quelle: Haushaltsrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2022.

Risiken ab 2028 (außerhalb Finanzplanung)

- **Verteidigung 2 % vom BIP.**
Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres
3 869 900 Millionen Euro.
Davon 2 % = 76 Mrd. € , bei Etat 53 Mrd. bedeutet + 23 Mrd. € erforderlich
- **Verteidigung 3 % vom BIP**
Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres
3 869 900 Millionen Euro.
Davon 3 % = 116 Mrd. € bei Etat 53 Mrd. bedeutet + 63 Mrd. € erforderlich

Danke für die Aufmerksamkeit

Lösungsmöglichkeiten

Ein- und Ausgaben müssen in Übereinklang gebracht werden

- Kürzung der Ausgaben

Der Knüppel bleibt an den Hund gebunden:

Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als man erwirtschaftet

Kredite schaffen keine zusätzliche Kaufkraft! Im Gegenteil: Mindern durch Zins

Lösung

Politik muss wieder das tun, wozu sie da ist

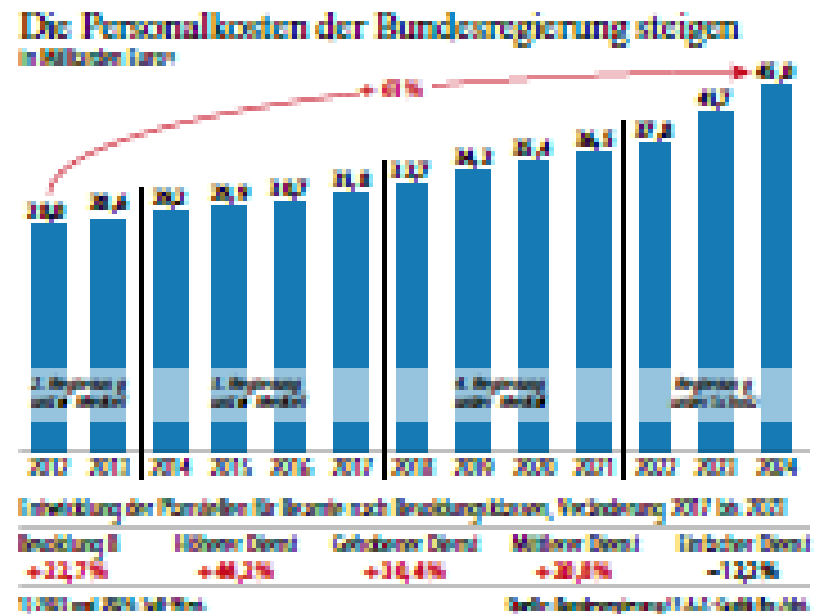
Prioritäten setzen.

Es geht um die Frage: Den Sozialstaat weiter auspolstern oder sich um Sicherheit und Infrastruktur sowie die Transformation in die kohlenstofffreie Gesellschaft zu kümmern.

Die Reihenfolge ist bewusst gewählt.

Dazu muss eine Staatsreform mit Entflechtung der Zuständigkeiten, Sicht- und Fühlbarmachung von Verantwortung und einem Abbau des Misstrauens gegenüber den Menschen und Betrieben verbunden mit einem nachhaltigem Bürokratieabbau kommen.

Personalreduzierung Ministerien



Eckpunkte für eine Lösung

1. **Laufende Ausgaben müssen aus laufenden Einnahmen finanziert werden einschließendem Zins- und Verteidigungsaufwand**
 - **Steuererhöhungen scheiden aus, weil**
 - a) **Unternehmenssteuern international zu hoch und nicht wettbewerbsfähig**
 - b) **und Lohn- und EinkSt ebenfalls zu hoch**
[1960 20igfache des Durchschnittseinkommens Spitzensteuersatz
heute 1,6 fache jedes Facharbeitererehepaar plus Sozialversicherung 20 %
 - **Überstunden erforderlich**
 - **Lösung nur durch Rückbau der Staatstätigkeit (Senkung der Staatsquote)**
 - **Effizienter Einsatz der Mittel (BRH rügt Energiewende)**

- **2. Sparvorschläge**

- **Staatsreform (Reduzierung Staatsquote, Abbau Bürokratie, Effektiver Einsatz der Staatsmittel, Verbesserung der Wirkungsmechanismen)**
- **Einführung der Doppik (System bestimmt Denken ; Transparenz der Folgen Kreditaufnahme)**
- **Konzernbilanz des Bundes**
- **Anschub der Wirtschaft durch Steuerreform (Unternehmen auf intern. Niveau; Überstunden steuerfrei; Rentnerarbeit steuerfrei)**
- **Zuwanderung in Sozialsysteme verhindern und Arbeitsmigration gezielt fördern durch strikte Trennung ohne Spurwechsel (Vol. 30 Mrd. Einsparung **15** Mrd.)**
- **Personalabbau Bund 1/3 (= Stand von 2012) von 45 Mrd. (**15** Mrd.) plus Arbeitsplatzkosten (allein Miete Berlin 25 €/m² 18:2X=9x 25 x12= Miete 2.700 €/Arbeitsplatz + EDV Heizung, Reinigung ca. 20% (**3** Mrd.)**
- **Bekämpfung Schwarzarbeit mit Beweislastumkehr durch Belegpflicht (15 % Wirtschaftsvolumen 345 Mrd. Steuerquote 25 % davon 50 % = **40** Mrd.)**
- **Konzentration der (Sozial-)Familienleistungen auf Modellfamilien**
- **Rückführung der versicherungsfremden Leistungen in den Sozialversicherungen (Vol. allein Rentenvers. **120** Mrd. **20** Mrd.)**

Verbesserungsvolumen rund **93 Mrd.**

Finanzpolitik 80iger Jahre

„Ich will die Steuer- und Finanzpolitik der 80er Jahre nur in wenigen Strichen nachzeichnen. Außer Frage steht, dass die Jahre bis 1989 ungewöhnlich erfolgreich waren. Die Staatsquote wurde von über 50 Prozent auf knapp über 45 Prozent zurückgeführt, die Steuerquote sank von 24 Prozent auf 22,7 Prozent und die Abgabenquote von über 40 Prozent auf rund 38 Prozent. Bei sinkenden Inflationsraten betrug das reale Wirtschaftswachstum rund 3 Prozent im Jahresdurchschnitt, was sich auf dem Arbeitsmarkt in Form eines Beschäftigungsgewinns von etwa drei Millionen Arbeitsplätzen auswirkte.“

Wolfgang Schäuble, in: Gerhard Stoltenberg – ein großer Politiker und sein Vermächtnis,

Herausgeber KAS, 2002, Seite 17

Agenda 2010

- In den Nuller-Jahre Agenda 2010 von Gerhard Schröder vergleichbare Aktion von Senkung der Staatsausgaben und konjunkturellen Anreizen

- **5 % Staatsquote wären rund 200 Mrd. €**
- **Da müssen doch die 50-100 Mrd. € (2,5 % des BIP) Handlungsbedarf auch jetzt zu schaffen sein**